

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zestellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postcheckkonto Berlin Nr 60460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 319 A

BERLIN • Freitag, den 10. Februar 1933

2. JAHRGANG

Angriffspakt als Grundlage der Einheitsfront.

AUS DEM INHALT:

**Die Industrie der Massenmorde.
Görings Regierungsversuche in Schweden.
Die braunen Banditen.
Wie die Polizei Mörder sucht.
Krisen-Wirtschaft der Republik Spanien.**

Vor dem neuen Wettrüsten.

Schafft die Einheitsfront gegen den Krieg!

H.M. Die „Generaldebatte über den französischen konstruktiven Plan“ ist in Genf mit der Rede des französischen Außenministers, Paul-Boncour, beendet worden. Es braucht kaum noch erwähnt zu werden, daß nach Ende dieser Debatte sich die Aussichten für die Verwirklichung dieses Planes noch mehr verringert haben — wenn das gegenüber dem Stande vor Beginn der Debatte überhaupt noch möglich war.

Vertreter der meisten europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten haben zu dem französischen Plan Stellung genommen. Auf ihre einzelnen Argumente dafür und dagegen einzugehen, erübrigt sich, da im wesentlichen dasselbe gesagt wurde, was bereits seit einem Jahr zur Tarnung des bei den meisten Mächten vorwiegenden Interesses: der Erhaltung ihrer Wehrmacht, vorgebracht wird. Von Wichtigkeit ist lediglich die Stellung der Fronten.

Unterstützt wurde der Plan eigentlich nur von der Tschecoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland.

Belgien, das sonst zu der französischen Gruppe in Genf gehört, distanzierte sich etwas von Frankreich, indem es ein Abkommen, an dem England nicht beteiligt sei, ablehnte, außerdem auch einen Teil der französischen Vorschläge über die Internationale Armee.

Auch der polnische Gesandte rückte von dem französischen Plan ab, was in Genf eine erhebliche Sensation hervorrief. Er erklärte, politische Abmachungen als Vorbedingung für die Abrüstung ablehnen zu müssen und forderte die sofortige Herbeiführung greifbarer Abrüstungsverträge. Angeblich hat Paul-Boncour den polnischen Vertreter nach dieser Rede sofort veranlaßt, sich in Warschau telefonisch neue Instruktionen über sein Verhalten einzuholen; aber es half nichts: Außenminister Beck bestätigte die in Genf vertretene Auffassung. Dieses plötzliche Abrücken der polnischen Regierung von der französischen wird von mancher Seite, und vielleicht nicht zu Unrecht, damit begründet, daß die polnische Regierung befürchtet, wenn erst einmal über Sicherheit und Ostlocarno verhandelt würde, auch die Frage der Revision der deutsch-polnischen Grenze in den Rahmen internationaler Verhandlungen rücken würde.

Die britische Regierung, vertreten durch Staatssekretär Eden, nahm nicht offen zu dem französischen Plan Stellung. Sie erklärte, die bestehenden Sicherheitsgarantien könnten als hinreichend betrachtet werden, die britische Regierung habe sich durch den Locarno-Vertrag bereits sehr gebunden und

könne sich unter keinen Umständen in Europa noch weiter durch die Uebernahme von Sicherheitsgarantien belasten,

hätte aber nichts gegen den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Konsultativpakt, vorausgesetzt daß die Vereinigten Staaten sich auch daran beteiligten. Ferner forderte Eden die schnelle Herbeiführung einer Herabsetzung der Rüstungen — weil die Steuerlasten bereits zu drückend seien!

Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten, erklärte, seine Regierung könne zu dem Plan erst Stellung nehmen, wenn ein Abkommen zwischen den europäischen Staaten erzielt worden sei, durch das die diese Staaten angehenden Fragen geklärt würden.

Abgelehnt wurde der französische Plan hauptsächlich von den Vertretern Deutschlands, Italiens, Oesterreichs, Ungarns, Hollands und Spaniens.



W—er. Die „Rote Fahne“ vom Donnerstag erörtert in längeren Ausführungen auf der ersten Seite, wie das in Zeiten, wo die Arbeiter mit Recht eine geschlossene Front der Arbeiterorganisationen verlangen, verständlich ist, die Bedingungen der Einheitsfront. Sie geht zunächst darauf ein, daß diese Einheitsfront von den Sozialdemokraten unter dem neuen Schlagwort „Nichtangriffspakt“ propagiert wird. Mit Recht liest man in der „Roten Fahne“ gleich am Anfang der Betrachtungen:

„Aber wir glauben, daß die Stunde gekommen ist, wo es gilt, mehr zu sagen, wo es notwendiger denn je ist, die Frage der proletarischen Einheitsfront so zu stellen, daß jedes klassenverräterische Manöver, daß jede Ausflucht und jede Zweideutigkeit an dieser Fragestellung scheitern muß.“

Das ist ein unbedingt löblicher Vorsatz. Stellen wir die Frage also so! Die „Rote Fahne“ teilt als wirklich interessante Neuigkeit mit:

„So ist den Arbeitern bisher noch unbekannt, daß ein Redakteur des sozialdemokratischen holländischen Blattes „Het Volk“, angeblich autorisiert durch die Führer der II. Internationale, vor wenigen Tagen an den Reichstagsfraktionsvorsitzenden unserer Partei, den Genossen Torgler, herantrat, um ihm „Spitzenverhandlungen“ zwischen der II. und III. Internationale, zwischen der SPD- und KPD-Führung nahebringen.“

Aus der höhnischen Inhäkchensetzung des Wortes „Spitzenverhandlungen“ in der „Roten Fahne“ glauben wir entnehmen zu dürfen, daß der Genosse Torgler diese Anregung also zu den Akten gelegt hat, und die weiteren Ausführungen der „Roten Fahne“ bestätigen dies: Sie fragt mit Recht zunächst:

„Sollen wir über einen Nichtangriffspakt verhandeln, wonach man die entfaltete faschistische Diktatur in Deutschland sich „von selbst abwirtschaften“ lassen müsse, daß man Hitler erst zeigen lassen müsse, was er zu leisten imstande sei, daß erst dann der Tag des Kampfes gekommen sei, wenn die Hitler-Regierung den Rechtsboden der Verfassung verlassen habe? ... Das Blut der gemeuchelten SPD- und KPD-Arbeiter ist uns teurer als die abwartende Politik der SPD-Führer, es der Hitler-Diktatur zu ermöglichen, sich erst verfassungsgemäß auf dem Boden des Rechts zu festigen, danach den Staatsapparat auszubauen, um dann vernichtend gegen das Proletariat loszuschlagen.“

Niemand, der die Einheitsfront des Proletariats wirklich zur Niederringung des Faschismus erstrebt, wird zufrieden sein,

wenn als einziger Gegenstand der Einheitsfrontverhandlungen auf der Tagesordnung steht, daß die großen politischen Parteien einander im Wahlkampf nicht angreifen.

Selbstverständlich soll die Einheitsfrontaktion dem aktiven Kampf dienen, dem Angriff, und zwar dem Angriff auf die Unterdrückungsmaschinerie des Faschismus, dem Angriff gegen den Lohnraub, dem Angriff gegen die kapitalistischen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Mag sein, daß manche sozialdemokratischen Führer diesen Angriff nicht wollen — Tatsache aber ist, daß die sozialdemokratischen Führer jedenfalls heute nicht sagen dürfen: Wir wollen diesen Angriff nicht! Sie müssen heute wenigstens mit Worten erklären, daß sie bereit seien, für die Arbeiterschaft zu kämpfen. Bei diesem Wort und bei den vorläufig noch bescheidenen Versuchen, wirkliche Kampfmaßnahmen zu ergreifen, muß die sozialdemokratische Führerschaft gepackt werden. Wenn sie als Bedingung dazu zunächst einen Nichtangriffspakt der Parteien untereinander vorschlägt,

so vergibt sich die Führung der KP gar nichts, wenn sie auch einen solchen Nichtangriffspakt mit den andern Arbeiterorganisationen schließt.

In seiner abschließenden Rede sagte Paul-Boncour (wenn die Zusammenfassung seiner Rede, die der deutschen Presse zugegangen ist, keine wichtigen Stellen fortläßt) nichts wesentlich Neues. Er betonte wieder die enge Verbindung von Sicherheit und Abrüstung. Das Wort „Gleichberechtigung“ sprach Paul-Boncour zwar nicht aus, nahm zu der Frage aber mit der Erklärung Stellung, die auf Grund des Friedensvertrages durchgeführte Abrüstung

Wenn die Laumänner nicht fortwährend darauf hinzeigen können, wie ausweichend die Führung der KP Verhandlungen gegenüber ist, auf denen wirklich von Organisation zu Organisation beraten werden soll, was zu geschehen hat, dann ist es auch

weit schwieriger, die wirklich aktiven und richtigen Forderungen der KP zusammen mit ihrer Methode, sie zu vertreten, in den Papierkorb zu werfen.

Denn die Methode der KP ist noch immer nicht in Ordnung! Die erwähnte „Rote Fahne“ beweist dies wieder. Sie redet um das, was ihr die Hauptsache ist, herum. Sie möchte, daß die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter die Parolen der Kommunistischen Partei befolgen. Daß sie „Ueber die Sabotage ihrer Führer hinweg gemeinsam mit der KPD handeln!“

Die „Rote Fahne“ muß zunächst begreifen, daß sie mit dieser Forderung die anständigsten Regungen innerhalb der Arbeiterschaft zertrampelt:

Niemand genießt Ansehen, und niemand verdient es auf die Dauer, der in einer bestimmten Partei organisiert ist und die Parolen einer anderen befolgt, deren Führer die von ihm erwählten Führer fortdauernd in den massivsten Ausdrücken herabwürdigt.

Entweder die Kennzeichnung der sozialdemokratischen Führer durch die KPD ist richtig und die KPD entschließt sich außerdem, mit diesen Führern niemals mehr zu sprechen, dann muß sie unzweideutiger Weise erklären:

Es gibt keine Einheitsfront!

Denn was dann noch übrig bleibt an Aktionen für eine Vergrößerung der kommunistischen Massenbasis sind bloße Werbefeldzüge für die KP. Oder aber die KP sieht ein, daß ihre Massenbasis ungeheuer schmal ist, und zwar so schmal, wie das ihre selbständigen Aktionen des Generalstreiks und der RGO-Politik bewiesen haben. Und sie sieht ein, daß die Zeit drängt und daß das Proletariat zu Handlungen kommen muß, bevor die überwiegende Kraft des Proletariats organisatorisch auf die Seite der KPD getreten ist, dann muß der Kampf so geführt werden, daß man unter Verzicht auf Erörterungen der letzten prinzipiellen Unterschiede nur die Schritte gemeinsam erörtert, über deren Notwendigkeit sich Führer der SPD und der KPD, der freien Gewerkschaften und vieler anderer Organisationen einig sind.

Eine solche Aktion zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen den Arbeiterorganisationen über die heute von allen für richtig gehaltenen Schritte sowie die entschlossene Inangriffnahme dieser Schritte, das ist eine Einheitsfrontaktion.

Die KPD und auch die SPD möchten vorläufig noch beides: sie möchten gern den Willen der Arbeiterschaft zur Einheitsfront ausnutzen, die Arbeiter der anderen Partei zu Anhängern der eigenen zu machen. Dieser unehrliche Zug einer schlechten und unzeitgemäßen Reklame vergiftet vorläufig noch jede Proklamation über die Einheitsfront, die von maßgebender sozialdemokratischer und kommunistischer Seite ergeht. Hier kann nur helfen eine Abkehr von alten und verkehrten Methoden und eine Rückkehr zur Eindeutigkeit und proletarischen Anständigkeit. Wie die „Rote Fahne“ selber schreibt:

„Jedes klassenverräterische Manöver, jede Ausflucht und jede Zweideutigkeit muß an dieser Fragestellung scheitern!“

Ein Druck in dieser Richtung kann am ehesten ausgeübt werden von den Genossen in der betreffenden Partei selber. Die kommunistischen Genossen sollten ihre Führer, die sozialdemokratischen ihre und die freigewerkschaftlichen Kollegen ihre Führer zur Rede stellen, wenn sie sehen oder lesen, daß diese den Boden der Eindeutigkeit verlassen und sich auf den bequemeren der Ausflüchte begeben.

einiger Staaten bedeute die Vorbedingung und Zusage der Herabsetzung der Rüstungen, die nur in Etappen durchgeführt werden könne.

Litwinoff, der sowjetrussische Außenkommissar, erklärte, die Sowjetunion vertrete den Standpunkt, daß die einzige wirkliche Sicherheit in der vollständigen Abrüstung liege, wolle aber, da ein Sicherheitsplan vorliege, dazu Stellung nehmen. Der Plan schließe in keinem seiner Teile

die Sowjetunion ein. Trotzdem wollte er darauf eingehen, daß nach dem französischen Plan die beteiligten Staaten gewisse Verpflichtungen übernehmen, für deren Erfüllung es von Wichtigkeit sei,

einwandfrei festzustellen, wer in einem Konflikt der Angreifer sei.

Litwinoff schlug eine Definition hierfür vor. Danach soll als Angreifer gelten, wer mit oder ohne Kriegserklärung, ohne die Zustimmung der Regierung eines anderen Staates, diesen mit bewaffneten Streitkräften überfällt oder von Land, See oder Luft bombardiert. Keinerlei wirtschaftliche oder politische Interessen — die in der Erklärung Litwinoffs einzeln aufgeführt sind — auch keine Revolution in einem anderen Lande rechtfertigen einen Angriff in dem oben definierten Sinne.

Das erste was z. B. in England an diesem Vorschlag Litwinoffs aufgefallen ist, ist, daß er ganz darauf eingestellt ist, Japan zum Angreifer zu stempeln. Das stempelt wahrscheinlich auch den Plan Sowjetrußlands zum Fehlschlag.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ist jetzt bis zum Beginn nächster Woche vertagt worden. Dann wird wahrscheinlich der französische und der englische Plan gleichzeitig zur Beratung stehen.

Das einzige Interesse, das alle Staaten in Genf jetzt bewegt, ist das: schnell Schluß zu machen. Bis Ostern — so wird behauptet — wollen die Diplomaten noch mitmachen, nicht länger! Die französische Regierung wünscht angeblich so Schluß zu machen, daß die bisher erzielten „Ergebnisse“ der Konferenz auf dem Gebiet des Verbots des Gaskrieges, des Bombenwurfs und der Kontrollfrage in *Richtlinien* zusammengefaßt werden und die Konferenz bis 1938 vertagt wird. Außerdem werden sich in der Frage der „Vereinheitlichung“ der europäischen Armeen vielleicht noch Ergebnisse erzielen lassen, obwohl die französische Regierung die Schaffung eines Heeres mit kurzer Dienstzeit zum Ersatz der Reichswehr fordert, die deutsche Regierung aber ein solches Heer zu der Reichswehr hinzuzufügen wünscht.

Die deutsche Regierung fordert, daß sofort „ihre durch die einseitige Entwaffnung verloren gegangene Sicherheit durch die Abrüstung der anderen Staaten oder durch die Anbahnung eines wirklichen Rüstungsausgleichs wiederhergestellt werde“. Die britische Regierung wünscht die Konferenz auf einem Punkt zu vertagen, der irgendwo zwischen den Forderungen Deutschlands und denen Frankreichs liegt, und eine allmähliche Angleichung der Rüstungen vorsieht.

Jedenfalls ist die Lage so, daß die britische Regierung wieder die ihr so liebe Vermittlerrolle aufgenommen hat, in einer Frage, mit der sie selber nichts zu tun haben will. Diese ganze Vermittlertätigkeit kann aber die Lage nicht klären; denn das Ziel, das die britische Regierung verfolgt, ist nicht die deutsch-französische Verständigung, sondern die Schaffung für England günstiger Machtverhältnisse in Europa.

Genau so wie seit dem ersten Tage, an dem die Vertreter der deutschen Regierung ihre „Gleichberechtigungs“-Forderung angemeldet haben, ist die Frage auch heute noch:

Wie ist die französische Sicherheit mit der deutschen „Gleichberechtigung“ zu vereinbaren?

Diese Frage zu lösen ist in Genf am 12. Dezember übergangen worden, *wohlwollend* übergangen worden; denn damals wollte man sich nicht streiten, sondern ein Abkommen schließen, durch das Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückgebracht werden konnte. Nach dem Beginn der Konferenz ist diese Frage wieder übergangen worden, Paul-Boncour erörtert sie nicht, fordert nur nach wie vor Sicherheit, und die deutschen Vertreter fordern nach wie vor „Gleichberechtigung“ und so reden die Diplomaten umeinander herum.

Die britische Regierung kann mit ihrem Vorschlag weder Paul-Boncour darüber hinwegtäuschen, daß eine Aufrüstung Deutschlands darin vorgesehen ist, noch läßt sich vor Hitler und seinen Regierungsfreunden verheimlichen, daß dieser Plan nur eine sehr allmähliche Durchführung der „Gleichberechtigung“ vorsieht. Der Plan schafft also weder „Gleichberechtigung“ noch Sicherheit und läßt die Frage, die einzig und allein zwischen der französischen und der deutschen Regierung bereinigt werden kann, weiter offen.

Daß diese Frage bereinigt wird, ist jetzt unwahrscheinlicher als je: Die zunehmende Festigung des nationalen Regimes in Deutschland hat die Sicherheitsforderungen Frankreichs verschärft und die „Gleichberechtigungs“-Forderung in Deutschland stärker hervortreten lassen. In einem Augenblick, in dem eine deutsche Zeitung, die mindestens als offiziös angesehen wird, offen schreibt, man müsse den Wahn einer deutsch-französischen Verständigung endgültig aufgeben, kann das Ergebnis des Genfer Geschwätzes nichts anderes sein als ein neues und verschärftes Aufrüsten, an dem auch Deutschland beteiligt sein wird.

Darüber ist sich in Genf niemand mehr im Zweifel und der ganze Endkampf dort geht allein um die Frage:

wen kann man vor der Welt als den Schuldigen am Scheitern der Abrüstungskonferenz hinstellen?

Diese Frage ist in der Tat für sie von Bedeutung und wird die Diplomaten bis zum Abschluß der Konferenz wahrscheinlich voll in Anspruch nehmen.

Das holländische Kolonialreich in Empörung.

Die Tatsache, daß es der holländischen Regierung trotz des großen Aufgebots von Kriegsschiffen, Torpedobooten und Fliegern noch immer nicht gelungen ist, des Ausreißerschiffes habhaft zu werden, oder es auch nur zum Kampf zu stellen, deutet darauf hin, daß

die holländischen Kolonialherren sich einem stärkeren Gegner gegenüber sehen, als ein paar meuternden Matrosen der „Zeven Provincien“.

Dafür spricht auch, daß nun schon zum zweiten Mal das Regierungsschiff, auf dem der Kommandant des meuternden Schiffes selber die Verfolgung leitet, durch ein anderes ersetzt worden ist. Der erste Wechsel wurde mit Mangel an Heizungsmaterial erklärt; der zweite wird kommentarlos gemeldet.

Inzwischen werden auch andere Tatsachen bekannt, die dafür sprechen, daß

im ganzen holländischen Kolonialreich der Geist der Empörung und des Aufruhrs in der eingeborenen Bevölkerung wächst

und daß die Regierung ihm nur durch immer schärfere Repressalien beizukommen weiß. Wie die mit solchen Maßnahmen warm sympathisierende „Berliner Börsen-Zeitung“ aus dem Haag erfährt, sind von der Regierung Anordnungen

Was dabei herauskommt, ist für die Arbeiterschaft vollkommen gleichgültig. Nach wie vor der Abrüstungskonferenz steht sie vor der Aufgabe, die ihr von keiner Versammlung kapitalistischer Diplomaten abgenommen wird:

durch eine geeinte internationale Abwehrfront die Sicherheit für den Frieden zu schaffen.

Die kapitalistische Abrüstungskonferenz, in die manche Mitglieder der II. Internationale Hoffnung setzten, schlug fehl und der proletarische Amsterdamer Kongreß, in den viele Anhänger der III. Internationale und anderer proletarischer Organisationen einige Hoffnung setzten, schlug auch fehl. Die verschärfte Situation, in der wir uns heute befinden, macht einen neuen Versuch erforderlich, an dem die Gewerkschaftsinternationale, die II. und die III. Internationale beteiligt sind und alle anderen proletarischen Kampforganisationen.

Schafft Einheit gegen den Krieg!

getroffen, wonach Regierungsgebäude und Kasernen verschärft bewacht werden sollen; die bewachenden Posten haben angeblich den Auftrag, verdächtige Personen höchstens einmal anzurufen, entfernen sie sich nicht sofort, so soll scharf geschossen werden, und zwar

nicht, wie bisher, auf die Beine, sondern auf den Unterleib der Verdächtigen!

Bereits Ende Januar hat der Kommandant der Marinestreitkräfte den Befehl herausgegeben, daß Offiziere und Unteroffiziere ständig den geladenen Revolver bei sich zu führen haben.

Natürlich sind es — nach Lesart der Reaktion — lediglich bolschewistische Intrigen, die durch böswillige Verhetzung die sonst unbegreifliche Empörung der Kolonialbevölkerung und insbesondere der eingeborenen Truppen hochgepeitscht haben. Einige ganz schlaue Redakteure sind dahinter gekommen, daß man offenbar in Rußland beschlossen habe, den Angriff nun auf Holland und seine Kolonien zu konzentrieren, da in Deutschland doch nichts mehr zu holen sei. Beweis — man höre und staune: Der Aufruhr auf der „Zeven Provincien“ fällt zeitlich fast genau mit dem Antritt der Hitler-Regierung zusammen! Sie merken aber auch alles!

Die Militärdiktatur in Rumänien.

Während „zuständige Stellen“ sich bemühen, die Nachricht zu verbreiten, der Belagerungszustand in Rumänien würde außerordentlich „liberal und sozial“ gehandhabt und sei überhaupt nur eine Vorsichtsmaßregel, spricht das Amtsblatt, in dem die Ausführungsbestimmungen für den Belagerungszustand veröffentlicht werden, eine offenere und deutlichere Sprache.

Das Erscheinen von Büchern, Broschüren und ähnlichen Veröffentlichungen ist nur mit Genehmigung des herrschenden Korpskommandanten gestattet. Dagegen erscheinen Tageszeitungen und Zeitschriften frei. Die Herausgeber und Autoren werden persönlich für den Inhalt haftbar gemacht und können mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bis zu sechs Jahren bestraft werden. Das Tragen nicht-staatlicher Uniformen ist verboten, der Bevölkerung wird außerdem befohlen, soweit sie nicht im Besitz von Waffenscheinen ist, alle Waffen an die militärischen Befehlshaber abzuliefern. Außerdem sind Umzüge unter freiem Himmel verboten und eine Anzahl von Bestimmungen gegen die Versammlungsfreiheit erlassen worden.

Aufschlußreich ist ferner ein Dementi der rumänischen Regierung: eine Militarisierung von Eisenbahnen und Post sei nicht geplant, die militärische Bewachung der Bahn-

linien sei nur im Rahmen des Ausnahmezustandes erforderlich.

All diese Maßnahmen, wir erinnern noch einmal daran, sind lediglich deshalb erlassen worden, weil die Arbeiter es gewagt haben, für die Auszahlung von Lohnrückständen zu streiken!

Unter dem Schutz der Bajonette einerseits und des Genfer Finanzprotokolls andererseits wird die Regierung, so nimmt die Presse allgemein an, ihre schnelle Niederlage finden. Es wird damit gerechnet, daß es auch mit der Herrschaft der nationalzaranistischen Partei zu Ende sein wird, und daß die Liberalen, trotz der geringen Sympathie, die sie beim König genießen, die Erbschaft antreten werden.

Herriot zur Innen- und Außenpolitik. Für eine Regierung nationaler Konzentration.

Vor der radikalsozialistischen Kammerfraktion verwarf sich Herriot zwar gegen die von den Sozialisten verbreiteten Gerüchte, er wolle die Mehrheit der Linken unterhöheln und eine Konzentrationsregierung zustandebringen. In derselben Rede bestätigte er jedoch die Richtigkeit dieser Gerüchte, indem er sagte, er wolle der Regierung Daladier eine möglichst große Mehrheit sichern; wenn er selber Chef der Regierung gewesen wäre, hätte er die Unterstützung der Sozialisten abgelehnt.

Es besteht also kein Zweifel mehr darüber, daß Herriot die nationale Konzentration zustandebringen kann. Angesichts des Einflusses, den er in französischen republikanischen Kreisen hat und angesichts seiner Stellung als Führer der radikalsozialistischen Partei und Kammerfraktion ist zu befürchten, daß ihm dies demnächst gelingen wird.

Daß die Aussichten hierfür jetzt viel größer sind als noch vor einiger Zeit, hängt eng mit der Entwicklung in Deutschland und in Genf zusammen. Wenn z. B. Deutschland militärisch aufrüstet, wird die Reaktion in Frankreich auf eine Stärkung der französischen Militärmacht drängen und dafür wäre eine Linksregierung ungeeignet.

In der „Ere Nouvelle“ schreibt Herriot, die Lage in Deutschland sei sehr beunruhigend, es sei nicht daran zu zweifeln, daß

Hitler vom Auslande unterstützt

werde, die französische Regierung habe darüber eigentümliche Informationen erhalten. Jugoslawien und Polen seien sehr beunruhigt.

Herriot kündigte ferner an, daß der schärfer werdende Kampf der deutschen Regierung gegen den Kommunismus zu einer

französisch-russischen Annäherung

führen könne, und daß den französischen und russischen Botschaften in Moskau und Paris demnächst wieder Militärattachés beifügt werden würden.

Der Kampf zwischen den kapitalistischen Mächten ist also bereits an einem solchen Siedepunkt angelangt, daß auf beiden Seiten, in Deutschland und in Frankreich, großer Wert auf die Freundschaft des bolschewistischen Rußland gelegt wird. Welch untrügliches Zeichen unmittelbarer Kriegsgefahr!

7 Arbeiter im Steinbruch verschüttet.

In Nord-Carolina, in den USA, ereignete sich in einem Kalksteinbruch ein Unglück, bei dem 7 Arbeiter in 60 Metern Tiefe verschüttet wurden. Es besteht keine Hoffnung auf Rettung der Arbeiter.

Die Industrie des Massenmords.

Der unwirtschaftliche Pazifismus der schwedischen Regierung.

Bekanntlich hat die schwedische Regierung, ohne auf den Zusammenbruch der Abrüstungskonferenz zu warten, bereits begonnen, ihre Wehrmacht zu liquidieren, da sie nicht die Absicht hat, Krieg zu führen. Die schwedische Regierung will aber weiter gehen und durch

die Verstaatlichung oder wenigstens die Kontrolle des Exports von Kriegsmaterial

die Förderung neuer Kriege durch die Rüstungsindustrie verhindern. Hierzu nimmt die „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ (die auch zu den Zeitungen gehört, die liberal sind, solange der Geldbeutel dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen wird) in einem Artikel Stellung.

In dem Aufsatz heißt es, die Frage sei in der schwedischen Öffentlichkeit bisher vorwiegend aus pazifistischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten erörtert worden. Der Verfasser als Vertreter der schwedischen Eisenindustrie halte es für seine Aufgabe, auch auf

die wirtschaftliche Seite der Frage

hinzuweisen. Der beste Stahl sei schwedisch. Auf keinem anderen Gebiet würden so hohe Anforderungen an die Produkte der Eisenindustrie gestellt wie bei der Herstellung von Kriegsmaterial.

Die Marineverwaltungen seien die besten Abnehmer des schwedischen Roheisens gewesen.

Noch heute bedeuteten diese regelmäßigen Ankäufe Lichtpunkte in der trostlosen Lage der schwedischen Roheisenausfuhr. Wenn die Kontrolle oder gegebenenfalls das Exportverbot auf dieses wertvolle Gebiet von Rohwaren, von Halb- und Fertigfabrikaten erstreckt werden sollte, würden sich hieraus zweifellos neue wirtschaftliche Konsequenzen ergeben.

Die internationale Abrüstung sei bisher nur eine ungewisse Zukunftshoffnung;

selbst wenn man nicht an Abrüstung denke, seien die gegenwärtigen militärischen Organisationen Abnehmer von großen Mengen von Material. Die militärische Ausrüstung bestehe selbst in Friedenszeiten zum großen Teil aus Verbrauchsmaterial.

Aus ideellen Gesichtspunkten sei es vielleicht wünschenswert, diese Produktion auf andere Gebiete umzulegen. Aber hierfür seien kaum neue Absatzmärkte zu finden. Es handele sich bei der Verstaatlichung oder Begrenzung des Exportes nicht nur um eine Frage der Friedens- oder Wehrpolitik und nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, sondern auch wegen der Versorgungsmöglichkeiten um eine soziale Frage.

Wenn Vertreter der Schwerindustrie von „sozialen“ Fragen reden, ist es immer faul. Sie hoffen damit die unwirtschaftlich-pazifistisch denkende sozialdemokratische Regierung zu betören, die sich von „ideellen Gesichtspunkten“ leiten läßt, während doch — zum Heil der Rüstungsindustrie — „die internationale Abrüstung bisher nur eine ungewisse Zukunftshoffnung“ ist.

Inzwischen steckt sie mit Befriedigung den Ertrag der internationalen Aufrüstung ein, die eine Tatsache der realen Gegenwart ist. So wird oben berichtet, daß die schwedische Firma AB. Flygindustri 5 Marine-Aufklärungsflugzeuge nach Portugal geliefert hat.

11 1/2 Millionen Dollar für die amerikanische Kriegsluftfahrt.

Die amerikanischen Armeeluftstreitkräfte vergeben im ersten Halbjahr 1933

nach den hierfür vorgesehenen Etatsmitteln an die Luftfahrtindustrie Aufträge für 238 neue Militärflugzeuge. Es handelt sich bei diesen Aufträgen um Ersatz für veraltete Flugzeuge. Der Wert der zu vergebenden Aufträge beläuft sich auf insgesamt 11 1/2 Millionen Dollar.

Der Ferne Osten, der gute Markt der Mordindustrie.

Im Herbst erteilte die chinesische Regierung den italienischen Fiat-Werken einen Auftrag für 20 Bombenflugzeuge. Die ersten sechs Flugzeuge dieser Bestellung trafen Mitte Januar in Schanghai ein und wurden sofort nach Hangchow weiterexpediert.

Ein unbequemer Jesuit.

Streit im Jesuitenorden.

Die folgenden Angaben sind einem kleinen im Verlag Rasmussen in Paris erschienenen Buche: „Le Général des Jésuites Pie XI, et le cas Bremer“ entnommen, das in mehr als einer Hinsicht ein interessantes Licht auf die Zustände in der „Avantgarde“ des Katholizismus wirft.

Bei dem „Fall Bremer“ handelt es sich kurz um folgendes: Der Jesuitenpater Bremer des Klosters Valkenburg wollte 1918 in zweiter Auflage ein Buch veröffentlichen, das den Lehrmeinungen bestimmter Jesuiten entgegengesetzt ist. Und zwar handelte es sich für Bremer darum, zu zeigen, daß die Jesuiten seit 150 Jahren irrtümlicher Weise annehmen, daß Verbindlichkeit eines Gesetzes da nicht besteht, wo nicht nur in bezug auf die Gültigkeit der Gesetze, sondern auch in bezug auf die Anwendbarkeit des Gesetzes in einem besonderen Falle Zweifel bestehen. Bremer wollte also in seinem Buch bewiesen haben, daß nach den ursprünglichen Kirchenlehren, insbesondere denen des Thomas von Aquino nur dann keine Verbindlichkeit besteht, dem Gesetz zu folgen, wenn dessen Bestehen selber in Zweifel gezogen worden ist. Es handelt sich also um einen für die Anwendung nicht unwesentlichen Fall.

Bremer wurde die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieses Buches nicht gegeben, und zwar mit der Begründung, daß er sich darin zu den Auffassungen führender Jesuiten in Widerstreit gesetzt habe. Hiergegen erhob Bremer Einspruch, da nach dem Kanon der katholischen Kirche diese Erlaubnis nur dann verweigert werden darf, wenn die beabsichtigte Veröffentlichung gegen die „Dogmen und gemeinsamen Lehren der Kirche“ verstößt. Die Meinungen einzelner Personen dürfen bei der Beurteilung nicht mit in die Wagschale geworfen werden. Der Einspruch Bremers wurde abgewiesen: Der General des Jesuitenordens erklärte, daß zwölf führende Jesuiten sich einstimmig gegen die Veröffentlichung ausgesprochen hätten, da die in dem Buch vertretene Doktrin falsch sei. Bremer war mit dieser Entscheidung nicht zufrieden, einmal weil acht jener Jesuiten die Auflage von 1918 nie gesehen hatten, sondern nur die erste, vom Jahre 1912, und von den übrigen vier einer sich für die Veröffentlichung ausgesprochen habe. Ferner aber auch darum, weil Bremer darauf bestand, daß, um mit Thomas von Aquino zu reden „eine Theorie nur richtig ist, wenn sie in Übereinstimmung mit der Vernunft ist“ und „ein Beweis, der sich nur auf die Autorität gründet, unter allen Beweisen der schwächste ist“.

Man sieht also, der Jesuitenpater Bremer wollte innerhalb seines Ordens und der Kirche, mit deren grundlegenden Doktrinen bewaffnet, gegen die Autorität der Oberen ankämpfen. Es wird sich gleich zeigen, wie schlecht ihm dies bekommen ist.

Nach dem Kanon seiner Kirche stand es dem Jesuitenpater Bremer nur offen, sich an den Päpstlichen Stuhl zu wenden, was er auch sofort tat. Statt sich mit seiner Angelegenheit zu beschäftigen, hüllte sich diese oberste Instanz in Schweigen, und zwar in solchem Maße, daß Bremer trotz wiederholter Eingaben von 1921 bis 1929 keine einzige Antwort erhielt. So wurde die Frage der Berechtigung des Druckverbots niemals entschieden.

Inzwischen aber tauchten für Bremer neue Schwierigkeiten von anderer Seite auf. Bremer wollte in Valkenburg seine Arbeiten über die einmal begonnenen theologischen Fragen fortsetzen. Der Jesuitengeneral suchte ihn mit allen Mitteln daran zu hindern, insbesondere, indem er ihm an anderer Stelle andere Arbeiten übertrug. Bremer, kam diesen Anordnungen nicht nach. Er erklärte, daß seine gegenwärtige Arbeit im Interesse des Ordens wichtiger sei. Er verstieß also gegen die Regel des Gehorsams, der sich alle Jesuiten unterwerfen müssen. Zu seiner Verteidigung führte

er aus, daß die Ordensgelübde nur Gehorsam im Rahmen der Vorschriften der Kirche und der Satzungen des Ordens verlangen, während es sich hier um einen persönlichen Willkürakt des Generals handle. Der General antwortete auf diese Verteidigung nicht — bestand aber nicht auf der Ausführung seiner Anordnung!

Inzwischen wurden Bremer von seinem Kloster die Veröffentlichung aller seiner weiteren Schriften verweigert, sodaß er sich — wozu er berechtigt war — die Druckerlaubnis in anderen Provinzen des Jesuitenordens besorgte, was den Oberen des Klosters Valkenburg dazu veranlaßte, alle Werke Bremers, deren er habhaft werden konnte, mit Beschlag zu belegen. Da ereignete es sich, daß im Jahre 1921 der Rektor Kempf eben dieses Klosters eine größere Summe Geldes in Dollars und Pfunden für Messen erhielt. Dieses Geld hätte er an die Priester weitergeben sollen, die in Deutschland jene Messen abhielten. Statt dies zu tun, zahlte er ihnen nur den in Deutschland üblichen Satz und behielt den ganzen Kursgewinn (der wegen der deutschen Inflation sehr hoch war) für sich. Gegen diesen Mißbrauch wandte sich Bremer in einem Aufsatz für die Zeitschrift „Pastor Bonus“ in Trier. Sein Aufsatz wurde lange nicht gedruckt, da Kempf wochenlang die von dem Verleger an Bremer gesandten Korrekturabzüge unterschlug und schließlich dem Verleger die Veröffentlichung untersagte. Bremer beschwerte sich beim Jesuitengeneral, wiederum ohne Antwort zu erhalten. Schließlich ließ Bremer seinen Aufsatz doch drucken, da er von früher her eine Druckerlaubnis besaß. Natürlich warf der General daraufhin Bremer Ungehorsam vor und erklärte, die Zensur in Rom habe gegen die Veröffentlichung dieses und anderer Artikel entschieden. Bremer protestierte: Ein solcher Bescheid der Zensur sei ihm nie zugestellt worden, auch habe er ein Recht, die Gründe zu erfahren, aus denen man ihm die Erlaubnis verweigert habe. Keine Antwort.

Weitere Manuskripte, die Bremer an seinen Verleger in Trier sandte, ließ der General durch einen seiner Untergebenen aus der Redaktion des „Pastor Bonus“ wegholen und unterschlagen. Auf alle Beschwerden wegen des Diebstahls seiner Manuskripte erhielt Bremer wie immer keine Antwort. Pater Scheid, der die Manuskripte aus der Redaktion geholt hatte, ließ trotz wiederholter Mahnung in eingeschriebenem Brief nichts von sich hören. Das war im Jahre 1922. Schließlich erklärte der Provinzialoberste im Mai 1924, die Manuskripte müßten wohl in der Post verloren gegangen sein.

Aus dieser Beschreibung wird klar, was ja auch nicht weiter überraschend ist, daß die Oberen des Jesuitenordens zu immer gewagteren Mitteln Zuflucht nehmen müssen, nachdem sie sich einmal entschlossen haben, unter allen Umständen auf ihrer Autorität zu bestehen.

Aber es kommt noch schlimmer. Der General drohte nunmehr Bremer mit dem Ausschuß und verlangte von ihm bedingungslose Unterwerfung, ohne daß Bremer jemals die Gründe für seine Verurteilung erfahren hatte. Bremer unterwarf sich nicht, die Korrespondenz zwischen ihm und dem General artete in eine Schimpferei aus; das ging so mehr als zwei Jahre lang, ohne daß der General irgend etwas unternahm, um seine Drohung wahr zu machen. Dann folgten neue Anklagen wegen Veröffentlichung von Dokumenten ohne vorherige Erlaubnis. Beschwerde Bremers beim Papst. Keine Antwort.

Im Jahre 1927 folgte die Forderung von seiten des Oberen des Klosters Valkenburg, daß Bremer seine gesamte eingehende und ausgehende Korrespondenz dem Leiter des Klosters zur Kontrolle vorlege, obgleich nach den Regeln des Jesuitenordens diese Einschränkung der Freiheit nur für die Noviziate während der Probezeit zulässig ist. Bremer protestierte wiederum und verweigerte auch hier den Ge-

horsam. Man erklärte ihn für suspendiert — aber erlaubte ihm doch, weiterhin die Messe abzuhalten. Eine bemerkenswerte Unsicherheit, die auch die entschiedensten Gewalt herrscher von Zeit zu Zeit befällt, wiederholte sich hier immer von neuem. So wurde der von Bremer erwartete Prozeß wegen Ungehorsams lange Zeit aufgeschoben. Zu wiederholten Malen wurden Bremer Anklagen zugestellt, die er ablehnte, weil sie Formfehler enthielt, woraufhin eine neue Anklage mit neuen Formfehlern erschien.

Schließlich entschloß Bremer sich, nach Rom zu reisen, um seinen Fall dort selber in Ordnung zu bringen. Dazu stand ihm nach dem Kanon und den Regeln des Jesuitenordens das Recht zu. Aber seine Oberen verweigerten ihm die Erlaubnis; sie stellten ihm keinen Reiseschein aus, sie gaben ihm weder Geld noch Kleidung zur Reise. Erst am Abend des 18. November 1928 gelang es Bremer mit Hilfe von Freunden, nach Rom zu kommen. Zunächst überall kühle Ablehnung. Überall weigerte man sich, Bremer zu empfangen. Als er schließlich bei verschiedenen Instanzen vorgelassen wurde — wir übergehen hier die Einzelheiten — erklärten sich alle für nicht zuständig, offenbar darum, weil der Papst selber den Befehl gegeben hatte, nichts für Bremer zu unternehmen.

Bis schließlich Bremer am 15. Februar 1929 mit einem Mal eine Urkunde erhielt, aus der hervorging, daß er aus dem Jesuitenorden ausgeschlossen sei. Und zwar trug diese Urkunde das Datum des 30. November 1928. Alle Instanzen, die Bremer im Laufe des Dezembers 1928 aufgesucht hatte, hatten ihm seinen Ausschuß verschwiegen (darunter der Jesuitengeneral selber). Ferner: Um den Formalitäten des Ausschlusses gerecht zu werden, enthielt das Dokument die Angabe, Bremer sei von den Oberen des Ordens vor seinem Ausschuß gehört worden, um seine Verteidigung zu führen, was eine glatte Unwahrheit darstellt. Uebrigens muß ein solches Ausschußurteil von der Kongregation der Mönche bestätigt werden. Diese Bestätigung, die am 9. Februar 1929 erfolgte, wurde schon in der Urkunde mit vom 30. November 1928 erwähnt! Saubere Methoden, das alles!

Bleibt noch übrig zu erwähnen, daß Bremer vor dem weltlichen Gericht in Maastricht Klage gegen den Jesuitenorden erhob. Das Gericht entschied im Jahre 1930 zu seinen Gunsten und verurteilte den Jesuitengeneral zur Annullierung des Ausschlusses und Zahlung eines Schadenersatzes an Bremer. Der General hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, die neuen Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Inzwischen wird Bremer aus einem Kloster nach dem anderen gejagt, nachdem er mit Hilfe der Polizei aus Valkenburg ausgewiesen wurde.

Bremer macht mit seinen vielen kanonischen und ekklesiastischen Spitzfindigkeiten auf den Leser keinen guten Eindruck. Aber man legt das Buch, das seinen Fall beschreibt, vor allen Dingen mit dem Bedauern aus der Hand, das ein Mensch so einfältig sein kann, zu meinen, man könne gegen die Autorität der Kirche mit Vernunftsgründen und mit Berufung auf Gesetze und Regeln ankämpfen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ah zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.	

A. M. FREY



DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klepshauer Verlag AB. Berlin.

Der Tag vergeht, wie sie hier hinzuschwinden pflegen: unendlich langsam, aber auf einmal sind sie doch weg. Eine Art von Zeiteinteilung wird durch die Verwundeten und Toten getroffen, die mit der Trage zu holen sind. Vor oder nach solchem Dienst wird gegessen oder geschlafen, Karten gespielt oder das Hemd nach Läuse durchsucht. Der eine wäscht sich schließlich mal und der andere flickt einen Riß in der Hose. Alle aber langweilen sich, grämen sich, auch wenn sie ausnahmsweise scherzen, sind dumpf nach außen und im Innersten ewig unruhig: wie lange noch —?

Der Abend fällt ein und bringt lebhafteres Feuer da draußen, keinen Kilometer entfernt.

Die Nacht aber bringt ein Ereignis. Die übliche Trage muß hinaus. Vier Mann brechen auf. Sie holen ihren Verwundeten, der eine Halsverletzung hat, ohne daß die große Ader angeschnitten wäre. Aber er kann nur röchelnd Luft einziehen und manchmal scheint er am Ersticken zu sein. Aus einem unförmigen Verband taucht ein von höchster Not gemarterter Schädel.

Auf dem Rückweg — fern schon vom Kampfgraben — an einer Stelle des Laufgrabens, die zu flach ist, ersilt den vorderen Träger ein Hirnschuß, von einem ganz niedrig fliegenden Geschos. Er schlägt tot zu Boden und über ihn stürzt die Trage, der ganze Transport stürzt zusammen. Auch der hintere Träger rührt sich nicht mehr. Alles liegt in der Finsternis wüst durcheinander — und liegt im Wasser. Die beiden Ablöser suchen entsetzt Ordnung zu schaffen. Sie schütteln die drei Leblosen, der Halsdurchschossene rührt sich. Sie zerren ihn wieder auf die Bahre, aber sie können nicht weiter mit ihr, denn eine Stange ist zersplittert.

So rennen sie, um Hilfe zu holen, auf den Verbandplatz und alarmieren dort. Wie nun drei neue Gruppen hinauskommen, haben sie einen tief Bewußtlosen und zwei Tote zu bergen. Denn auch der mit der Halsverletzung lebt nicht mehr. Er liegt mit dem Gesicht im Wasser. Vielleicht hat er allein weiter wollen, vielleicht ist er dabei von der Bahre gekollert und ertrunken.

Als man dem Stabsarzt meldet, was geschehen ist — er braucht sich um den Bewußtlosen nicht zu kümmern, den hat der Unteroffizier wieder ins Dasein geholt — sagt er zu Funk mit steifen Raubvogelgelenken und heiserer Stimme: „Der Herrgottssakramentskrieg, der ganz elende.“ Weiter nichts. Aber er horcht unruhig in die Nacht.

Und hat am nächsten Tag endgültig genug von dieser aufdringlichen Nähe des Krieges und vom Verbandplatz. Er läßt zusammenpacken. Drei jener Feldkessel nimmt er mit. Er versteht in ihnen handbemalte Porzellanplatten, die er in einem Winkel des Bauerngehöftes aufgestöbert hat, und hängt damit seinen Burschen.

Ehe noch der Arzt, den er an seine Stelle durch Ordonnanz herausbeordert hat, richtig eingetroffen ist, das heißt, sobald er ihn von weitem anmarschieren sieht, rückt er ab, in Begleitung Funks.

15.

Ein Wechsel zieht den anderen nach sich. Auch der Kommandeur hat genug. Aber er geht nicht in den Tod wie Dr. Nohl, er geht auf irgendeinen Posten der Etappe. Das ist das Richtige, nicht die Heimat; in der Etappe bekommt man weiter Kriegslöhne und lebt doch als Herrgott in Belgien.

Zwar hier in Fournes hat er ja auch nicht schlecht gelebt, der Oberst Lang. Die weiße Gartenvilla ist gut erhalten, in der er mit seinem Stab gehaust hat. Die läuferbelegten Treppen, die teppichbelegten Zimmer sind schön durchheizt, man kann von üppigem Hausrat und von Vornehmheit reden, ohne die völlig ausgeraubten, verlotterten, selbst der Holzböden entkleideten Häuser gleich nebenan, die zu Truppenunterkünften dienen, als Vergleich heranzuziehen. Ihnen fehlen manchmal sogar weggestohlen die Türen, mit

denen man Feuer gemacht hat; da und dort angeschossen, sind sie zugig; die Decke ist durchgebrochen und der Bruch kümmerlich mit Holzwole verstopft. Duster ist es, denn fehlende Scheiben sind durch Pappdeckel ersetzt. Gewiß sind bei Beschießungen auch in der Villa des Kommandeurs Fenster zerplatzt, aber man hat sich dort besser zu helfen gewußt: man hat eben neues Glas aus den Häusern geholt, die dann mit Pappdeckeln „verglast“ worden sind.

Das wäre das wenigste, Oberst Lang war unbeliebt aus anderen Gründen. Die unverschämte bessere Lebensführung des Offiziers hat der deutsche Soldat lange geduldet, ohne aufzumucken. Er mußte erst ganz erschöpft und ausgeplündert sein, ehe er deutlich begriff, welche Dreistigkeit, welcher Hochmut, welch unkameradschaftliche Gier darin lag, selber gebratenes Fleisch vom weißen Teller zu essen und den anderen Rübenmarmelade aus dem Blech des Feldkessels füttern zu lassen — den anderen, der körperlich die größere Leistung vollbrachte und die kräftigste Nahrung verdient hätte.

Lang blieb nicht deshalb ohne Sympathien, weil er lebte im Rahmen eines herrschaftlichen Bürgerhauses. Sondern es wurde mehr und mehr abfällig gesprochen unter den Leuten, weil er als Feigling galt. Keiner gebrauchte den Ausdruck Feigling, nicht einmal in Gedanken. Aber nichts schadete ihm so wie das, daß er nie in die vorderste Linie ging. Niemals, auch in den ruhigsten Zeiten, an harmlosesten Tagen nicht. Er besuchte nicht einmal die Regimentsbefehlsstelle, die immer noch einen guten Kilometer hinter dem Kampfgraben lag. Er drang über Fournes hinaus nach vorn nicht vor.

Er ging umher in den Quartieren. Er beanstandete, wenn ein Gewehr nicht ausgerichtet an der Wand hing, wenn ein Feldkessel ohne Deckel da stand oder mit ungleich dicken Riemen an den Tornister geschnallt war. Er ritt in die Ruheunterkünfte, die rückwärts gelegenen. Er hielt jeden zweiten Mann auf der Straße an: ein Knopf war nicht fest genug genäht, die Achselklappe saß schief, die verhaute Halsbinde fehlte gar ganz. (Fortsetzung folgt.)

Tarnow über den Aufbau der Einheitsfront.

W. L. In Kassel hatte am Montag der ADGB gemeinsam mit der „Eisernen Front“ zu einer Demonstration mit anschließender Kundgebung in der Stadthalle aufgerufen.

Demonstration und Kundgebung waren ein Bekenntnis der Arbeitermassen zum Kampf gegen die Reaktion der Hitler, Hugenberg und Konsorten. Seit den Revolutionen haben die Kasseler Bürger keine so wichtige Demonstration wie die gestrige gesehen. Wohl mancher Teilnehmer hatte das Gefühl, daß es die letzte für lange Zeit sein könnte. Das zeigte auch die vorbildliche Disziplin, die der auflösungsbegierigen Polizei einen Strich durch die Rechnung machte.

Die Demonstration und die Gesichter der Versammlungsteilnehmer bewiesen, so sagte Tarnow auf der Kundgebung, worum es jetzt gehe. Das dritte Reich der politischen Unfreiheit und Meinungsunterdrückung sei in Form einer hemmungslosen kapitalistischen Klassendiktatur angebrochen.

Die freche Erhebung der Reaktion beruhe auf der Uneinigkeit und Zerrissenheit der Arbeiterschaft. Er sei nicht so optimistisch, anzunehmen, daß die Einigung der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD sehr bald Wahrheit werde. „Aber die Einstellung der Beschimpfungen muß man von beiden Seiten fordern.“

Als Gewerkschaftler verweise er gerade auf die Gewerkschaftsbewegung. Dort beständen für die Einheitsfront schon immer die besten Möglichkeiten. Es sei ein Verbrechen, wenn man in den Gewerkschaften jetzt noch politisch gegeneinander arbeiten würde.

„Wenn die KPD nur etwas guten Willen zur Einheit besitzt, ist es ihre verdammte Pflicht die RGO zu liquidieren, zumal wir wirtschaftlich nur alle denselben Gegner haben.“

„Wenn wir auch politisch noch nicht zusammen kommen, gewerkschaftlich müssen wir sofort zur Einheit kommen.“

Der Wirtschaftsdiktator Hugenberg, der geschworene Feind des Sozialismus, der entschiedene programmatische Gegner jeden Sozialismus, sei jetzt „Sozialisierungsminister“ des dritten Reichs. Es erhoben sich bereits Stimmen des DHV und der NS gegen diesen „Mampe halb und halb“. Ist Hitler der Schubkastenschlüssel verloren gegangen? Sein groß angekündigtes Programm existiere nicht. Die Hitler-Regierung wisse nicht, wohin sie wolle. In ihrem Aufruf habe sie alles das verschwiegen, was sie tun wolle. Sie verlange aber eine vierjährige Blanko-Vollmacht.

Tarnows Hoffnung ist die, daß am Ende alle kapitalistischen Maßnahmen und Mätzchen doch eine ungewollte Vorbereitungsarbeit für den Sozialismus seien.

„Am Ende muß doch das wahre Bewußtsein des Sozialismus herauskommen.“

Die Gewerkschaften seien bereit, ihr Programm zu liefern für die Rettung der Wirtschaft.

Tarnow erörterte dann einige Hauptpunkte dieses Programms, wie Umwandlung des bankrotten Großgrundbesitzes in Kleinbauernstellen und Genossenschaftsbetriebe, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Banken u. s. w.

„Die Umwandlung des Privateigentums in Gesellschaftseigentum ist unser Sozialismus, der marxistische Sozialismus.“ Tarnow vertraut darauf, daß der Zwang die Massen zum Sozialismus aufrütteln müsse. „Wir wollen uns nicht unterkriegen lassen.“

Das jetzige Regime ist eine kurze Uebergangsmethode, dahinter stehen wir, der Sozialismus!“

Wer davon überzeugt ist, der braucht sich nicht anzustrengen, die Einheitsfront der Arbeiterschaft organisieren zu helfen. — Diese Einheitsfront kommt so wenig durch Abwarten und Beten zustande wie der Sozialismus selber. Lassen wir uns durch nichts, auch nicht durch noch so sachliche Ausführungen eines Gewerkschaftsredners davon abhalten, für die Einheitsfront zu arbeiten!

Keimendes Leben.

Nachtveranstaltung der Liga für Mutterschutz.

A. G. Die Liga für Mutterschutz, Ortsgruppe Mitte, zeigte am Sonnabend in dem leider nicht ganz voll besetzten Kino Babylon am Bülowplatz den Film „Keimendes Leben“, in einer geschlossenen Nachtveranstaltung.

Daß dieser Film nicht öffentlich vorgeführt werden darf, ist ein deutlicher Ausdruck dafür, von wie schlechten Wächtern die Kulturgüter des deutschen Volkes „gehütet“ werden. Nichts anderes als die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung über die Entstehung und Entwicklung des menschlichen Lebens werden gezeigt; keine Sensationen, keine Geschmacklosigkeiten, wie sie sonst jeden Abend tausendfach über die Leinwand laufen!

Dr. Levy-Lenz, der Leiter der Beratungsstelle der Liga für Mutterschutz in Berlin, wies in seinen einleitenden Worten daher sehr richtig darauf hin, daß der Feind dieses Films, wie der sexuellen Aufklärung überhaupt, der Feind jeder wissenschaftlichen Aufklärung ist. Dr. Levy-Lenz nannte diesen Feind nicht ausdrücklich mit Namen; aber wir wissen: es ist die Kirche. Nur wenn man sich vergegenwärtigt, daß bei der wissenschaftlichen Forschung nach den Vorgängen bei der Befruchtung und Entwicklung des Menschen unter Umständen kirchliche Dogmen verletzt werden, kann man die Verbannung dieses ausgezeichneten Films aus der Öffentlichkeit verstehen.

Sozialistische Architekten.

Endlich hat auch eine Anzahl Architekten erkannt, daß ihre bürgerlichen Fachverbände eine sehr unzeitgemäße Einrichtung und der Förderung des sozialen Baugedankens nur hinderlich sind. In dieser Erkenntnis hat sich die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Architekten in Berlin zusammengesetzt und sendet uns das erste Heft ihrer Monatsschrift „Bauspiegel“ zur Besprechung. Ein allgemeines Urteil über diese kritischen Blätter jetzt schon fällen zu wollen, wäre voreilig, zumal die Haltung zum Sozialismus und die Auffassung vom sozialistischen Bauen aus den wenigen Aufsätzen nicht klar hervorgeht.

In Anlehnung an die Gedanken von Engels, der bekanntlich vor die Lösung sozialer Wohnungsfragen die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und des kapitalistischen Staates gesetzt hat, werden alle bisherigen Versuche zur Erhaltung der sterbenden Baukunst scharf abgelehnt. Begrüßenswert ist die Auslese von Mitteilungen aus einigen Fachzeitschriften, die den sozialkritisch ungeübten Leser auf unhaltbare Zustände im Bauwesen aufmerksam machen sollen.

Den Architekten unserer Generation wird die Umstellung zur sozialistischen Baugesinnung recht schwer fallen, auch wenn sie den guten Willen dazu haben; denn bürgerlich ist meistens ihre Herkunft, bürgerlich ihre Erziehung und Ausbildung, bürgerlich sind ihre Auftraggeber. Der „Bauspiegel“ will sie revolutionisieren; wir wünschen ihm dazu viel Erfolg. Baumeister.

Das süddeutsche Erdbeben, dessen Zentrum im Murgtal (Mittelbaden) liegt, ist mit Unterbrechungen bis in den Mittwoch nachmittags hinein immer wieder aufgeflammt und hat in der näheren Umgebung des Erdbebenherdes ziemlich starke Sachschäden hervorgerufen. In der Stadt Rastatt, die in diesem Gebiet liegt, sind 150 Schornsteine von den Häusern gefallen; fast in jedem Haus sind Fensterscheiben zertrümmert; das Geschirr in den Küchen, die Auslagen in den Schaufenstern sind wild durcheinander gerüttelt worden.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 6909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

Neuer Automobilstreik in den USA.

14 Tage nach dem Streik bei Ford streiken jetzt 3000 Arbeiter der Hudson-Motor Co. in Detroit. Da diese Arbeiter ausschließlich Fahrzeuggestelle bauten, so sind durch ihren Streik noch 3000 weitere Arbeiter, die Motoren und sonstige Automobilteile anfertigten, zum Feiern gezwungen. Die Streikenden verlangen Lohnerhöhungen von 20 bis 30 Prozent, den Achtstunden-Arbeitstag und die Fünftageweche.

Weitere Entlassungen in Ostoberschlesien.

Die Friedensgrube in Friedenshütte (bei Kattowitz) wird endgültig am 28. Februar stillgelegt. Durch die Stilllegung verlieren etwa 1000 Arbeiter ihre Beschäftigung. Alle Versuche der Gewerkschaften beim Demobilisierungskommissar, den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten, blieben erfolglos.

Lohnabbau im Buchdruckgewerbe geplant.

Die Reichstarife für Gehilfen und Hilfspersonal sind zum 30. April gekündigt.

In den Verhandlungen über die Ortszuschläge wurde festgestellt, daß z. B. in 250 Druckorten des Gebietes Rheinland-Westfalen Lohnkürzungen bis zu 15 Prozent geplant sind.

Von den Setzern wird eine Erhöhung der Leistungen gefordert.

Für die linke Einheitsfront!

Die Generalversammlung der Bremer Ortsgruppe des ZdA nahm nach einer sehr lebhaften Diskussion, in der sich auch SP-Mitglieder für die Notwendigkeit des Zusammengehens von SP und KP aussprachen, folgende Resolution an: „Die am 7. Februar 1933 tagende Versammlung des ZdA richtet an den Afa Bremen das Ersuchen:

1. Sofort Schritte einzuleiten zur Einberufung einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter aller Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Kultur- und Sportorganisationen).

2. In dieser Sitzung ein gemeinsames Kampfprogramm gegen Faschismus und Hitler-Hugenberg-Regierung aufzustellen.

3. Sofortiger Aufruf zu einer Kampfdemonstration aller Arbeiterorganisationen.

Zweck und Ziel dieser gemeinsamen Aktion soll sein: dem gemeinsamen Klassengegner eine geschlossene Klassenfront der organisierten Arbeiter entgegenzustellen. Eine Partei allein ist nicht imstande, die Anschläge des Faschismus abzuwehren.

Es lebe der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Feind!“

Zwar wurde von der Versammlungsleitung versucht, die Resolution auf das tote Gleis abzuschieben, daß sie nur bereits Vorhandenes fordere, da die Freien Gewerkschaften und die „Eiserne Front“ die geforderte Einheitsfront darstellten. Auf Grund der durch die Diskussion geschaffenen Stimmung wurde die Annahme der Resolution trotzdem durchgesetzt.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelsplatz 12.

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Der alte Krupp war Offizier der französischen Ehrenlegion!

Tatsachen solcher staunenerregenden Art über die nationaliste und jüdenreinste aller Industrien, unbestreitbare Tatsachen, über die sich die Presse Hugenbergs und Hitlers schamhaft ausschweigt, findet man zahlreich in Otto Lehmann-Rußbildts bereits in 9 Sprachen übersetzte Schrift

„DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RUSTUNGS-INDUSTRIE“.

Die wesentlich umgestaltete 5. Auflage (31.-40. Tausend) ist soeben zum ermäßigten Preis von 1.- RM erschienen im

FAKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Maßarbeit **erstklassig und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Herde
Oefen / Gaskocher
niergends besser und
niergends billiger als bei
C. F. W. Lademann Söhne
Berlin SW 19, Wallstr. 84/85
U-Bhf. Inselbrücke.

Erstklassige Maßarbeit
Anzüge Mäntel
Herren - Mäntel
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr.
10, III.
Stoffmuster
vorrätig.

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenlicht
Böttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werd Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bewerbt bei Einkäufen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 29-30
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Röstkaffee
per Pfund 2,-, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Post-
scheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler, Kaffee-Versand
Hamburg 88 / Heidhörn 42.

„Haltet Euch gesund durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
Seit 7. Februar:
Das schöne russische Filmepos:
ERDE von Dowshenko
Dazu der Studiofilm 1929:
Menschen am Sonntag
Regie: Robert Siodmak
Anfangszeiten: 18, 17, 19 und 21 Uhr

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung?
Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?
Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:
Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?
Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehftet 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“ Nr. 27. 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gessel.“ „Frankfurter Volkstimme“ Nr. 126 vom 18. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldreform geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch interessierten.“ „Prager Presse“ Nr. 165 vom 17. Juni 1932.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.

Braun klagt weiter.

Die Regierung Braun hat am Mittwoch dem Leipziger Staatsgerichtshof die zweite Klage überreichen lassen, die sich gegen das Deutsche Reich und gegen Papen richtet und die Anerkennung der folgenden Entscheidung fordert:

„1. Die am 6. Februar durch den Reichskommissar von Papen und den Präsidenten des preußischen Landtages Kerrl ausgesprochene Auflösung des am 24. April 1932 gewählten preußischen Landtages steht mit der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung nicht im Einklang und ist daher ungültig.

2. Der Reichskommissar für das Land Preußen durfte eine Neuwahl zum preußischen Landtag nicht anberaumen; die von ihm anberaumte Neuwahl ist unzulässig.“

Aus der Vorgeschichte der Regierungsbildung.

In einer Sitzung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei erzählte der Reichstagsabgeordnete Joos einiges über die Vorgänge, die sich bei der Regierungsbildung Hitlers abgespielt haben. Ehe noch Papen, der zunächst die Situation klären sollte, mit dem Zentrum Führung genommen habe, sei ein telephonischer Anruf seines Büros an den Prälaten Kaas erfolgt, in dem mitgeteilt wurde, Hindenburg werde Hitler zum Kanzler ernennen. Papen selber habe später zugegeben, daß er sich nicht um eine Verständigung mit dem Zentrum bemüht habe.

Diese Verhandlungen habe er Hitler überlassen wollen. Damit hat er zugestanden, daß er den Auftrag, den Hindenburg ihm gegeben hat, mit allen Parteien wegen der Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit Verhandlungen aufzunehmen, nicht durchgeführt hat.

In einer Unterredung mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Schäffer, von der dieser berichtet, hat Papen weitere Angaben über seine Verhandlungen gemacht. Das Umgehen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei erklärte er damit, er habe Hindenburg so verstanden, daß zunächst mit Hitler und Hugenberg die Führung aufgenommen werden solle; da aber Hugenberg von vornherein gegen ein Zusammenarbeiten mit dem Zentrum aufgetreten sei, so habe Papen es überhaupt für unnötig gehalten, sich mit dieser Partei zu verständigen! Hitler sei anfangs entschieden gegen ein Kabinett der Harzburger Front gewesen, dann aber seien gewisse „Quertreibereien“ dazwischen gekommen — vermutlich die von Herrn von Alvensleben angedeuteten ungeklärten Vorgänge in der Potsdamer Garnison —, das habe die nationale Einigung beschleunigt!

Auf Schäffers Frage, ob Papen glaube, daß der Ausschluß des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei von den Verhandlungen dem Willen Hindenburgs entsprochen habe, wußte Papen angeblich keine Antwort.

Die verschwundene Rechtssicherheit. Zur Praxis der Zeitungsverbote.

Es wird jetzt bekannt, daß die kommissarische Regierung in Preußen am 4. Februar, dem Tag nach dem Verbot des „Vorwärts“, an alle preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten die Aufforderung gerichtet habe, den Wahlauftrag der Sozialdemokratie nicht mehr zum Anlaß von Zeitungsverböten zu nehmen. Das Verbot des „Vorwärts“ genüge in dieser Hinsicht. Bereits erlassene Verbote könnten aber aufrechterhalten bleiben.

Die elementarsten Grundsätze einer auch nur formalen Rechtllichkeit werden durch solche Beschlüsse über den Haufen gerannt:

Entweder ist der Abdruck des Wahlauftrags strafbar, oder er ist es nicht.

Im ersten Fall müßten alle Zeitungen, die den Aufruf gebracht haben, verboten werden, im zweiten keine. In Preußen aber wird eine Zeitung dafür bestraft, daß sich bereits ein Regierungspräsident gefunden hat, der ihr Verbot für wünschenswert hält!

Zeitungsverbote.

Die kommunistischen Tageszeitungen „Der Kämpfer“ und „Das Echo“ in Chemnitz sind mit sofortiger Wirkung bis zum 14. Februar verboten, da sie für den Generalstreik Stimmung gemacht haben sollen.

Arbeitsbeschaffung oder Wählen?

Die Regierung entscheidet sich fürs Wählen.

—t. Bei Einreichung der Anträge zur Finanzierung öffentlicher Arbeitsbeschaffung ist eine Mitwirkung der Gemeindeparlamente vorgesehen. Das ist auch ganz in der Ordnung. Denn bei dem famosen System öffentlicher Arbeitsbeschaffung in Deutschland müssen sich ja die Gemeinden verschulden, wenn Arbeit „beschafft“ werden soll. Die Auflösung der sämtlichen preußischen Gemeindeparlamente durch einen Federstrich hat infolge der erwähnten Bestimmung die ganze Arbeitsbeschaffungsmaschinerie, die sowieso nicht mit höchster Tourenzahl arbeitet, in Preußen völlig lahmgelegt.

Als es sich darum handelte, zwischen Arbeitsbeschaffung und Wählen zu wählen, haben sich die heutigen Machthaber also ganz offen gegen die Arbeitsbeschaffung entschieden! Oder sie haben an sie überhaupt nicht gedacht. Nun wollen sie schleunigst durch eine Verordnung die Mitwirkungsrechte und -pflichten bei der Arbeitsbeschaffung von den Gemeindevertretern auf die Gemeindevorstände übertragen.

Wirtschaftspolitik als Spielzeug von Kindern und Narren.

—t. Der bayerische Landtag hat am Mittwoch einen nationalsozialistischen Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken angenommen. — Sollen nun eigentlich die Münchener Filialen der Berliner Großbanken in Bayern verstaatlicht werden, oder was soll sonst geschehen?

Auf den Hinweis, daß der neueste Wirtschaftsplan der Nationalsozialisten im Reiche nur auf eine Verstaatlichung der Notenbanken abziele, nicht aber der Großbanken, erklärte der NS-Gauleiter Wagner: Die bürgerlichen und marxistischen Parteien hätten 14 Jahre lang in Deutschland regiert; eigen-

Die braunen Banditen.

Wieder ein Kommunist erschossen. — Nazi-Abgeordneter führt Saalschlacht an.

Berlin-Charlottenburg. In der Cauerstraße (Bereich des Mordsturms 33) wurden in der Nacht zum Donnerstag zwei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt. Näheres unbekannt.

Berlin (Chausseestraße). Am Mittwoch nachmittag überfiel ein halbes Dutzend mit Pistolen bewaffneter Banditen den Verlag „Der deutsche Weg“ (Nazi-Opposition), fesselten die anwesenden Angestellten mit Stricken, stahlen Schriftstücke und entkamen, ehe das Ueberfallkommando zur Stelle und die Gefesselten entfesselt waren. — Wer hat Interesse an Dokumenten dieser Opposition?

Berlin-Wilmersdorf. „Gegen 23 Uhr wurde am Mittwoch eine Gruppe von Kommunisten, die von einer Versammlung heimkehrte, am Brabanter Platz von etwa zwölf Nationalsozialisten beschossen. Die 26jährige Kommunistin Radzey erhielt einen Lungenschuß, während zwei weitere Kommunisten Armdurchschüsse davontrugen. Nach der Tat flüchteten die Nationalsozialisten, sodaß das Ueberfallkommando nur eine Durchsuchung des in der Nähe gelegenen Verkehrslokals der NSDAP vornehmen konnte, wobei elf Pistolen mit Magazinen und Munition beschlagnahmt wurden.“ (TU.)

Braunschweig. Unter Führung des Landtagsabgeordneten Alpers (eines Rechtsanwalts!) drangen etwa 200 uniformierte SS-

Leute in eine SP-Versammlung und entfesselten eine Saalschlacht, bei der sieben Personen schwer, viele leicht verletzt wurden. Saalräumung durch die Polizei. Verhaftungen sind natürlich — Braunschweig! — nicht gemeldet. Den Rechtsanwalt jagt auch die Anwaltskammer nicht aus seinem Amt.

Gladbach-Rheydt. In der Nacht zum Mittwoch wurde der 18jährige

Arbeiter Esser, der vor ein paar Wochen von den Nazis zu den Kommunisten übergetreten war, von Unbekannten durch zwei Brustschüsse getötet.

Königsberg. Nach einer „Reichsbanner“-Versammlung schweres Gefecht mit Nazis. Drei Reichsbannerleute schwer verletzt; im übrigen Leichtverletzte.

Leipzig. Am Mittwoch nachmittag ein Nazi vom Rade gerissen und durch Fußtritte gefährlich verletzt. Täter nicht ermittelt.

Wolfshagen (Harz). 50 SA-Leute überfielen ein Arbeitslager des „Reichsbanners“. Nach Durchschneiden der Telefonleitungen zertrümmerten die Banditen sämtliche Fenster und Fensterekreuze. Dabei wurde das Haus unter Pistolenfeuer gehalten.

Wie die Polizei die Maikowski-Mörder sucht.

Ein Bruder und ein Stiefbruder des vor mehr als einem Jahre von dem Sturmführer Maikowski erschossenen Arbeiters Walter Lange wurden, wie die „Rote Fahne“ mitteilt, in der Nacht zum Dienstag aus den Betten geholt und unter dem Verdacht, Maikowski erschossen zu haben, aufs Polizeipräsidium gebracht. Inzwischen sind sie wieder freigelassen worden. Von dem einen von ihnen wurden mehrere Photos angefertigt.

Die Zeugen, die mit Bestimmtheit schildern, wie der Polizeibeamte Zauritz von Nazis erschossen wurde, sind immer noch nicht vernommen worden.

Angebot Melchers an die Rote Hilfe: 1500 Mark Belohnung!

Um den bisher kläglichen Ergebnissen der polizeilichen Suche nach den Mördern des Polizeibeamten Zauritz und des Mordsturmführers Maikowski

etwas auszuhelfen, läßt der Berliner Polizeipräsident u. a. folgendes bekanntgeben:

„Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 1500 Mark ausgesetzt für Personen aus dem Publikum, die Angaben machen, welche zur Ergreifung der Täter führen. Die Namen der Personen, die auf Grund dieser Auslobung Angaben machen, werden auf Wunsch geheim gehalten und nicht in den Akten vermerkt werden.“

Ohne Zweifel wird nun die Polizei endlich von den bestimmten Aussagen namentlich genannter Zeugen Gebrauch

Grundsätzlich neue Staatsführung.

Göring will Schweden gleich mitregieren.

Die Reichsregierung hat soeben einen Beweis dafür geliefert, daß sie die Staatsführung in der Tat von Grund auf erneuern will, wenigstens im Vergleich zu den seit 1918 üblichen Methoden (denn in der Kaiserzeit war manches von dem, was heute „grundsätzlich neue Staatsführung“ heißt, auch schon bekannt).

Der deutsche Gesandte in Stockholm, von Rosenberg, hat sich bei dem stellvertretenden schwedischen Außenminister darüber beschwert, daß die schwedische Presse, vor allem der „Socialdemokraten“, das neue deutsche Kabinett sehr unfreundlich aufgenommen hätte. Der schwedische Minister gab dem deutschen Gesandten

lich hätten sie erst nach 14 Jahren das Recht, über die Hitler-Regierung zu reden. Es sei ja verständlich, wenn Zentrum und Bayerische Volkspartei sich kränkten, daß sie nicht in die neue Reichsregierung aufgenommen worden seien; aber in einer Lage wie der heutigen, in der es darauf ankomme, zu verhindern, daß der Bolschewismus in Deutschland Herr werde, stelle kein verantwortungsbewußter Parteiführer Fragen an die neue Reichsregierung, deren Beantwortung eine Doktorarbeit darstelle.

Nach Annahme des nationalsozialistischen Antrages folgten Heil-Rufe und die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages betreffend Ueberführung der planlosen privatkapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfswirtschaft. Heil!

Rundfunk und Wahlkampf.

Wie das Reichsministerium mitteilt, soll im Wahlkampf die Benutzung des Rundfunks für oder von Parteien verboten sein. Regierungsmitglieder fallen aber „selbstverständlich“ nicht unter dieses Verbot.

Kommentar überflüssig!

Papens Einheitsfront gescheltert.

Die Deutschnationalen haben Herrn von Papen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wie von seiten der Partei mitgeteilt wird, kommt für sie eine Einheitsliste zusammen mit den übrigen nationalen Parteien nicht in Frage.

Staatspartei und SPD haben Listenverbindung beschlossen. Die sozialdemokratischen Listen gehören im Wahlkampf an eine andere Stelle: Mit den kommunistischen Listen zusammen sollten sie zu einer Einheitsliste der Arbeiterschaft verschmolzen werden. Noch ist es Zeit, diese Einheitsliste aufzustellen!

machen, deren Mitteilungen die Rote Hilfe längst veröffentlicht hat. Nach diesen Mitteilungen soll es ziemlich sicher sein, daß Zauritz von SA-Leuten erschossen worden ist. Also heraus mit der Prämie an die Zeugen von der Roten Hilfe! Oder wird man im Polizeipräsidium den nationalsozialistischen Denunzianten, die sich dort melden, zum Heraussuchen der Täter ein Album mit Photos von Kommunisten vorlegen, wie man das im Röntgenstraße-Prozeß getan hat?

Antwort auf den braunen Mord.

E. H. Am Mittwoch fand in Staffurt unter riesiger Beteiligung der Arbeiterschaft die Trauerfeier für den ermordeten Staffurter Bürgermeister Kasten statt. Redner verschiedener Arbeiter-Organisationen betonten die Notwendigkeit des geschlossenen Vorgehens der Arbeiterschaft gegen den Faschismus. Die Straßen der Stadt waren überfüllt mit Arbeitern aller sozialistischen Richtungen.

Die Leiche wurde im Auto nach Bernburg überführt. Obwohl zunächst die Ueberführung nach Magdeburg geplant war, hatten sich trotz der Kürze der Zeit, seit der die Ueberführung nach Bernburg bekannt wurde, in wenigen Stunden in allen Orten, die auf dem Wege nach Bernburg berührt wurden, riesige Demonstrationen von sozialistischen Arbeitern gebildet. Die Beisetzung der Asche soll am Sonntag in Schönebeck a. d. E. stattfinden.

Demonstrationszüge aufgelöst.

Am Mittwoch abend wurden in Berlin ein kommunistischer und ein nationalsozialistischer Demonstrationszug aufgelöst. Beide Umzüge waren nicht angemeldet worden.

auf diese höchst merkwürdige Beschwerde die gebührende Antwort: wie die schwedische Presse zu der deutschen Regierung Stellung nimmt, gehe ihn nichts an, in Schweden herrsche Pressefreiheit.

Die Reichsregierung hat sich durch diese höfliche, aber bestimmte Abfuhr keineswegs einschüchtern lassen. Vielmehr hat Reichsminister Göring auf den merkwürdigen Schritt Rosenbergs einen noch merkwürdigeren folgen lassen: Er hat an den Chefredakteur der schwedischen bürgerlichen Zeitung „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ einen Brief geschrieben, in dem er diesem droht, falls keine Aenderung der Haltung seines Blattes zu der Regierung Hitler-Hugenberg eintrüge, würde dies „ernste Folgen“ haben.

Verständlicherweise hat dieses Vorgehen der Reichsregierung in Schweden eine rege Diskussion hervorgerufen. Es wird mit einem gemeinsamen Protest der gesamten schwedischen Presse gerechnet.

Preußengeist!

Die erste Tat des neuen Kommissars für das preußische Kultusministerium ist ein Erlaß über die Pflege des Geländesports, in dem es heißt: „Um die Tätigkeit des Reichskuratoriums zu unterstützen, werden daher die Schulen nicht nur durch eifrige Pflege der allgemeinen körperlichen und sittlichen Ausbildung

die Grundlagen und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Schulung im Geländesport zu schaffen haben, sondern insbesondere die Oberklassen der höheren Schulen für die männliche Jugend werden in gewissem Umfange auch eine Vorschulung auf Einzelgebieten des Geländesportes selbst ins Auge fassen können.“

Kommentar überflüssig!

Kriegsopfer in Friedenszeiten.

In der Nähe von Salisbury stürzte ein Bombenflugzeug im Nebel ab. Das Flugzeug ging in Flammen auf. Vier Mann der Besatzung wurden getötet, einer verletzt.

Die Grippe-Epidemie hat in Wuppertal ernste Formen angenommen. In der vergangenen Woche ist die Zahl der Todesfälle nach Grippeerkrankungen und Lungenentzündungen außerordentlich hoch gewesen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Magdeburg: Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, bei Block (früher Lichteck, Knochenhauerufer 27/28. Thema: Sozialistengesetz auf dem Marsch! Warum kommt die Einheitsfront zwischen KPD und SPD immer noch nicht zustande? Eintritt 20 Pfg., Erwerblose frei.

Krisen-Wirtschaft der Republik Spanien.

Den entscheidenden Schritt wagen die Republikaner nicht!

Ein General bekommt Sympathien für die Verfassung

Die heftige Krise der Jahre 1921—23, die in Spanien Primo de Rivera als Hauptperson auf die politische Bühne brachte, hatte ihren Grund in dem Abschluß der Kriegskonjunktur. Die am Krieg beteiligten Staaten eroberten sich ihren alten Einfluß auf den Weltmärkten wieder und verdrängten die spanischen Produzenten sehr leicht mit Hilfe der höheren Qualität ihrer Produkte und der besseren Organisation ihrer Unternehmungen. Der unter dem Schutze der Kriegskonjunktur vergrößerte Produktionsapparat Spaniens lief leer. Preisfall und steigende Arbeitslosigkeit riefen unter der Bevölkerung eine Panik hervor und veranlaßten das unpolitische spanische Volk, verhältnismäßig ruhig zuzusehen, wie der sich anbietende „Retter“, der General Primo de Rivera, seine Diktatur errichtete. Ein neuer Mann — eine neue Hoffnung, das war es, was Anarcho-Syndikalistinnen ebenso wie Sozialisten bowog, gegen den General nicht zu unternehmen.

Primo machte als General Wirtschaftspolitik, das heißt, er übernahm das Kommando über den Produktionsapparat

und machte die Gewährung von Subventionen davon abhängig, ob die Unternehmer seine Anordnungen befolgten. Unter Primo nahm die Wirtschaftspolitik eine eindeutige Richtung: Schutz der industriellen Produktion und damit Erhaltung des bestehenden Produktionsapparates durch hohe Schutzzollmauern,

durch reichliche offene und versteckte Subventionen und schließlich sogar durch Einfuhrverbote. Die Arbeitslosigkeit bekämpfte er auf ziemlich einfache Weise:

Mit geborgtem Gelde baute er das Landstraßennetz mustergültig aus.

Damit gab er zwar Arbeit und den daran beteiligten Firmen Gewinn, aber die öffentliche Schuld wuchs auch um das Doppelte; ihre Verzinsung erforderte einen immer größeren Anteil an den Gesamtausgaben des Staates. Wie irrsinnig diese Politik war, zeigt sich daran, daß der Autoüberlandverkehr erst infolge des guten Straßennetzes zu dem gefährlichen Konkurrenten der Eisenbahngesellschaften wurde, der heute den republikanischen Ministern viel Verlegenheit bereitet. Primo seinerseits schenkte den Eisenbahnen Millionen über Millionen, damit sie ihre Rentabilität behalten und ihren Geldgebern Gewinne sichern könnten.

Es ist klar, daß eine solche Politik, die mit allerlei patriotischen Flausen gerechtfertigt wurde, auf die Dauer unerträglich werden mußte. Die Krise wurde nicht behoben, aber die Steuern wuchsen ohne Unterlaß und beschränkten die ohnehin geringe Kaufkraft des Volkes noch mehr. Als sich der wirtschaftliche Trümmerhaufen nicht mehr verbergen ließ, begann Primo plötzliche Sympathien für einen verfassungsmäßigen Zustand zu gewinnen, um die Verantwortung für das Chaos von sich abzuwälzen.

sich leicht aus der Tabelle als Elendsgebiet erkennen. Dort herrscht eine so weitgehende Parzellierung, daß oft nur wenige Quadratmeter ein Grundstück ausmachen. — Der Wohlstand ist dagegen wesentlich höher, wo die Landverteilung günstiger ist, wie in Aragonien, Asturien und ganz besonders in Biskaya und Navarra. In diesen Regionen und in Katalonien spielt die Industrie noch eine Rolle und trägt zum Wohlstand bei.

Die Aufgabe einer Regierung, die der Industrie eine gesunde Grundlage hätte verschaffen wollen, würde also darin bestanden haben, die ungerechte, ausbeuterische Agrarverfassung zu ändern und das Land aufzuteilen unter gleichzeitiger planmäßiger Kreditverteilung. Nur durch Hebung des Wohlstandes der Bauern (die Hälfte der spanischen Bevölkerung wohnt in diesen Gebieten mit geringem Einkommen!) ist der fortschreitenden Wirtschaftskrise beizukommen. Die Schwierigkeiten sind im Hinblick auf die in manchen Landstrichen ungünstigen klimatischen Verhältnisse groß. Der Staat muß für große Bewässerungsanlagen sorgen, weil er diese umfassenden Arbeiten nicht der privaten Initiative überlassen kann. Gute Anfänge sind schon gemacht worden, aber infolge des riesigen bürokratischen Apparates gehen die Arbeiten langsam voran und fordern zu hohe Kosten. Landwirtschaftliche Schulen müssen dem spanischen Bauern moderne Methoden der Landbebauung beibringen, deren Organisation können die Landarbeiterverbände übernehmen. Der Bau von Lagerräumen und Verarbeitungsanlagen ist ebenso dringend wie die Bereitstellung staatlicher Kredite, um die Bauern dem Händlerwucher zu entreißen. Eine Riesenaufgabe!

Die Voraussetzung für die Bewältigung all dieser einzelnen Aufgaben ist die Enteignung des Großgrundeigentums!

Damit würden die Aussichten für die Wirtschaft Spaniens mit einem Schlage günstiger. Das Parlament hat am 9. September 1932 ein umfangreiches Agrargesetz verabschiedet, das als revolutionäre Tat bezeichnet wurde. Eine wahrhaft revolutionäre Tat aber war die entschädigungslose Enteignung aller Großgrundbesitzer, die am 10. August 1932 an dem müheles niedergeschlagenen Putsch gegen den republikanischen Staat beteiligt waren. Eben jetzt wird dieses Gesetz ausgeführt, und die Namen einer ganzen Reihe von enteigneten adligen Grundbesitzern sind bereits veröffentlicht worden.

Das ausschlaggebende Gesetz bleibt aber das Agrarreformgesetz vom September. Die Landarbeiterverbände haben auf ihrem Verbandstag erklärt, daß dieses Gesetz sie nicht befriedige und für Nichtjuristen undurchsichtig sei. Neuerdings macht sich der Apparat, der den Namen „Agrarinstitut“ bekommen hat, durch seine Schwerfälligkeit bemerkbar. Die Ungeduld der Landarbeiter in den Provinzen Andalusien und Estremaduras hat in mehreren Gemeinden schon dazu geführt, daß unter Führung des Bürgermeisters, des Richters oder Lehrers die Landarbeiter eigenmächtig zur Enteignung geschritten sind. In den meisten Fällen gelang es der Regierung, sie auf friedlichem Wege von ihrem Vorhaben abzubringen.

Eine neue Hoffnung: Die Republik.

Die Spanier haben von der Republik noch die naive Auffassung, als wäre Volkswohlfahrt mit ihr identisch. Spanien hob wieder neue Männer auf den Schild, die versprochen, es ganz anders zu machen. Da sie bald zwei Jahre regieren, lohnt sich ein Blick auf ihre Tätigkeit; bei deren Beurteilung darf man freilich die Schwierigkeiten nicht aus dem Auge lassen, die einer Regierung entgegenstehen, die die Wirtschaft dieses Landes in Ordnung bringen will.

Entscheidend für die heutige Wirtschaftspolitik ist: Die Gelegenheiten, die eine Revolution bietet, sind nicht benützt

worden; vielmehr hat man sich ähnlich benommen wie 1918 in Deutschland. Heute soll alles das auf dem Wege der Gesetzgebung geschehen, was in einer ordentlichen Revolution mit einem Federstrich gemacht zu werden pflegt. Dazu gehört zum Beispiel die Enteignung des Großgrundeigentums und der Bodenschätze. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Eigentumsverhältnisse nur unwesentlich geändert werden, und daher steht zu befürchten, daß es auch der Republik nicht gelingen wird, die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen.

Aber es geht schlechter und schlechter!

Schon heute kündigen die häufigen Berichte über Streiks, Aufstände und Ueberfälle beschäftigungsloser Landarbeiter auf Bauerngüter die Gefahren an, denen die Republik entgegengeht. Die erwartete Wendung zum Besseren ist ausgeblieben. Die Arbeitslosenwelle steigt und steigt und bringt immer schlimmere Not, weil

Arbeitslosenunterstützung nicht gezahlt

wird. Nur die freie Gewerkschaft zahlt ihren Mitgliedern eine solche Unterstützung und bekommt vom Staat, an dessen Spitze unter anderen drei sozialdemokratische Minister stehen, einen beachtlichen Zuschuß. Die Mitglieder der anarcho-syndikalistischen Organisationen dagegen erhalten keinerlei Unterstützung.

Die Zahl der Arbeitslosen darf heute auf eine Million geschätzt werden (Gesamtbevölkerung: 21 Millionen). Die amtlichen Angaben laufen zwar nur auf etwa 4—500 000, aber unter Berücksichtigung der Lage auf dem Lande und insbesondere in den südlichen und westlichen Provinzen, wo

ganze Dörfer infolge der Sabotage der Großgrundbesitzer ohne Arbeit und Verdienst

sind, kommt man zu weit höheren Ziffern.

Besonders schlecht ist die Lage in der Schwerindustrie, die fast zum Erliegen gekommen ist. Da die gewohnten Staatsaufträge spärlicher geworden sind, klopfen die Agenten der Schwerindustrie immer häufiger an die Ministertüren, um Sonderkredite und Aufträge zu erhalten. Im Kohlenrevier in Asturien liegen ohne Aussicht auf Absatz mehr als 300 000

Tonnen Kohle, und trotzdem muß noch gefördert werden, weil die Arbeiterschaft sich Entlassungen widersetzt. Im November des vergangenen Jahres genügten einige Tage des Streiks von 30 000 Bergarbeitern, um die Regierung zum Eingreifen zu bringen. Als einzige Lösung wußte sie nichts anderes zu tun, als den Bergherren 100 000 Tonnen abzukaufen! Die Krise ist damit natürlich nicht gelöst, denn schon heute ist die Lage wiederum die gleiche wie im November.

Völlig darnieder liegt das Baugewerbe. In Madrid zum Beispiel sind etwa 3000 Bauunternehmer mit 40 000 Arbeitern fast ohne Aufträge. Der Grund dafür liegt in der immer tiefer greifenden Wohnungszwangswirtschaft, ferner aber auch in der monopolartigen Hochhaltung der Materialpreise. Die Großhandelspreise für Baumaterialien sind — bei fallenden Preisen für Lebensmittel und Textilien! — seit 1931 beträchtlich gestiegen und behalten die Tendenz nach oben bei. So sank zum Beispiel der Preisindex für Lebensmittel vom Jahresdurchschnitt 1931 mit 185 im Juli 1932 auf 181,4, während der Index für Baumaterialpreise von 204 auf 232,2 stieg!

Der Außenhandel Spaniens fällt wenig ins Gewicht. Die Ausfuhr, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, liegt unter dem Durchschnitt Europas. Wertmäßig steht die Lebensmittelausfuhr an der Spitze mit einer Minderung von fast 25 Prozent im Jahre 1932 gegenüber dem Vorjahre. Die Kontingentierungspolitik Frankreichs trägt vor allem Schuld an diesem Rückgang. Im übrigen hängt Spanien wenig vom Weltmarkt ab und wird darum auch viel weniger unmittelbar von der Weltwirtschaftskrise berührt. Die Ursachen der schlechten Wirtschaftslage müssen fast ausschließlich in der Wirtschaftsstruktur des Landes selber gesucht werden.

Der Todeshauch geht vom Dorfe aus.

Primos Versuche, die Schwerindustrie zu erhalten, scheiterten, und zwar wegen eines höchst einfachen Tatbestandes: Mit der Verdrängung der spanischen Industrie von den Märkten, die sie während des Krieges 1914—18 erreichen konnte, blieb ihr im wesentlichen nur der inländische Markt erhalten, und dies nur infolge einer scharfen Schutzzollpolitik. Der inländische Markt aber konnte bei weitem nicht die gesamte Industrieproduktion aufnehmen, weil die Kaufkraft bei demjenigen Bevölkerungsteil fehlte, der 60 Prozent der ganzen Bevölkerung Spaniens ausmacht und der gerade die Industrieprodukte am nötigsten hatte: bei den spanischen Bauern.

Die Zustände auf dem Lande sind oft mit dem Hinweis auf den Holzpfleg, der heute dort noch in Gebrauch ist, gekennzeichnet worden. Die Primitivität könnte noch mit sehr vielen Tatsachen belegt werden. Die wenigen Maschinen, die im Gebrauch sind, sind aus dem Ausland eingeführt worden.

Dieser Mangel an modernen technischen Hilfsmitteln kann nur erklärt werden mit dem außerordentlichen Grad der Verarmung der Bauernschaft.

Den Bauern nützt auch die reichste Ernte nichts, weil sie aus Mangel an Betriebskapital und an günstigen Kreditmöglichkeiten gezwungen sind, die ganze Ernte sofort auf den Markt zu werfen.

Das Riesenangebot der Weintrauben nach der Ernte drückt die Preise in kaum glaublichem Maße. Für das Kilo Trauben wurden im Herbst vorigen Jahres von den Händlern 10 Centimos (3/4 Pfennig), ja teilweise sogar nur 8 Centimos (2/4 Pfennig) bezahlt. In Madrid dagegen kamen die billigeren Sorten zum Preise von 30—40 Centimos für das Kilo zum Verkauf, mit einem Gewinn also von 300—400 Prozent.

Den Bauern fehlen außer Krediten auch Lagerräume und hinreichend moderne Anlagen zur Verarbeitung der Weintrauben und der Olivenfrüchte. Der spanische Bauer arbeitet im Grunde nur um sein nacktes Leben und scheidet als Konsument für Industrieprodukte fast völlig aus. Vielfach fertigt er sich die Arbeitsschuhe aus alten Automobilschläuchen, oder trägt tagein-tageaus die alpagatas, die in ganz Spanien üblichen Hanfschuhe. Die übrige Kleidung ist ebenso einfach.

Von Düngung des Bodens ist kaum die Rede, auch nicht von Düngung mit Viehdünger. Die Bewirtschaftung ist sehr extensiv, und die Ertragsfähigkeit des Bodens sinkt bei dieser extensiven Bewirtschaftung fortwährend. Der Hektarertrag für Weizen wurde in der Zeit von 1909—13 mit 9,2 Doppelzentnern, 1930 mit 8,9 und 1931 mit nur 8 Doppelzentnern berechnet.

Die „Revista de Crédito“ brachte im August vorigen Jahres eine vielsagende Aufstellung über die Ersparnisse des spanischen Volkes. Es handelt sich um eine Statistik der Postsparkasse, die zwar kein vollständiges Bild des in Spanien ersparten Kapitals gibt, weil die Beträge, die bei den Banken liegen oder unmittelbar in der Industrie angelegt sind, hier nicht erscheinen. Da aber insbesondere bei den Banken gerade die Großgrundbesitzer ihre Ersparnisse anlegen, so würde die ungleiche Einkommenverteilung bei einer Ausdehnung der Statistik auf die Banken nur noch krasser in Erscheinung treten. Nach dieser erwähnten Statistik haben gesparrt:

Region	Millionen Peseten	Zahl der Einleger	in Proz. der Bevölkerung	auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Peseten
Andalusien	41	64 000	1,4	9,—
Aragonien	193	106 000	10,0	180,—
Asturien	152	68 000	8,2	184,—
Balearen und die Kanarischen Inseln	174	76 000	8,1	188,—
Katalonien	798	798 000	30,4	300,—
Neukastilien	911	299 000	9,8	300,—
Altkastilien	364	160 000	5,0	114,—
Estremadura	37	29 000	2,5	33,—
Galicia	172	58 000	2,4	70,—
Levante	348	242 000	9,1	130,—
Biskaya und Navarra	1237	980 000	80,0	1004,—

So unvollständig diese Angaben sein mögen, sie geben doch ein überraschend getreues Bild von der sozialen Lage auf dem Lande. Die niedrigsten Prozentzahlen für den sparsamen Bevölkerungsteil und für die Ersparnisse pro Kopf der Bevölkerung finden wir in den klassischen Ländern des Großgrundbesitzes und der Stätten der heutigen Unruhen, die fast Tag für Tag in Spanien die Guardia Civil in Tätigkeit halten: Andalusien und Estremadura. Aber auch Galicia läßt

Madrid muß glänzen!

Sehen wir uns um, was die Regierung für die Agrarreform übrig hat, so entdecken wir, daß der Betrag von 50 Millionen Peseten (17,5 Millionen Mark) jährlich für Zwecke der Siedlung und der Enteignung in keinem Verhältnis steht zu der Bedeutung, die dem Reformwerk selbst von Regierungsseite den Worten nach beigemessen wird. Der Betrag ist sehr kümmerlich im Vergleich zu den fast siebenhundert Millionen Peseten, die Heer und Flotte jährlich verschlingen. Die Schaffung von Gesetzen ist freilich nicht schwierig. Der Wille, diese Gesetze auch durchzuführen, läßt sich nur messen an der Höhe der Mittel, die für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Dafür gibt es ein überaus beredtes Beispiel:

Im vergangenen Jahre fand der Finanzminister in seinen Kassen für das Agrarinstitut ganze 8 Millionen Peseten vor! Mehr sei in diesem Jahre nicht vorgesehen für diesen Zweck. Die Cortes bewilligten zur gleichen Zeit der Stadt Madrid „por capitalidad“ — als Hauptstadt — 80 Millionen Peseten, zahlbar allerdings im Laufe von 8 Jahren in Raten von je 10 Millionen. Für dieses Geld soll Madrid zu einer der Republik würdigen Hauptstadt gemacht werden. Die phantastischsten Pläne haben die Stadtväter sich sogleich aufgelegt: einen unterirdischen Zentralbahnhof, offenbar, weil die paar Züge, die täglich ein- und auslaufen, auf der Oberfläche keinen hinreichenden Eindruck auf den sensationlüsteren Touristen gemacht hätten. Das Rathaus repräsentiert längst nicht mehr den neuen Geist und bildet die heimliche Scham des republikanischen Bürgers. Darum soll ein Gemeindepalast entstehen, der 12 Millionen Peseten kosten darf. Diese Pläne sind überaus bezeichnend für den Geist der spanischen Republik, wie überhaupt für einen großen Teil der Spanier. Von solcher aufdringlichen Aeußerlichkeit und solcher Sucht des Großtuns haben sich die Männer des neuen Staats leider nicht freimachen können.

Das vergessene Dorf.

Jedesmal, wenn die Kunde eines Regierungswechsels in die Dörfer drang, glühte in den geschundenen und ausgezogenen arrendatarios, aparceros und campesinos, in den rabassaires Kataloniens und den foreros Galicias (so nennt man die verschiedenen Arten von Pächtern und Kleinbauern) eine neue Hoffnung auf Erlösung von den blutsaugenden Großgrundeigentümern auf. Tausende von beschäftigungs- und heimatlosen Landarbeitervfamilien stehen vor ungeheuren Landstrichen un bebauten Bodens, der heute nur der Stierzucht dient, aber menschlichen Siedlungen, wenn auch nach harter Arbeit, Nahrung und Obdach bieten könnte.

Diese zahlreichen Hände warten auf das Signal: Bebaue das Land, rodet und pflüge! Wer ihnen dieses Signal gäbe, würde eine neue Periode der spanischen Geschichte einleiten.

Die Zeit für eine Agrarrevolution ist reif, überreif. Einstweilen sind die Arbeiterorganisationen noch Gefangene dogmatischer Entwicklungslähmigkeit und -verstümmelung der Gelegenheit, die revolutionären Kräfte in den Dienst des Sozialismus zu stellen.

Hermann Platell.